Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Dresdner **Lichtbad**
Neustädter Markt
(Stadt Wien).
(Eingang gr. Klostergasse 2.)
Glühlichtbäder, Combinirte Lichtbäder, Bogenlichtbäder, Oertl. Bestrahlungen etc.
Illustr. Prospekte frei.

Albert Kaul, Wein- und Cigarren-Handlung
Albrechtstrasse No. 43 **Dresden** Ecke Pillnitzerstrasse.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten"**

„Wanderer"-Fahrräder
prämiirt Welt-Ausstellung Paris 1900 mit dem **„Grand Prix".**
(Einzige höchste Auszeichnung deutscher Fahrräder.)
Fab.-Niederlage: Dresden, Sidonienstr. 7, Ecke Pragerstr.

MATTONI's **GIESSHÜBLER** natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl Sauerbrunn.

Wurmplage bei Kindern und Erwachsenen durch **Maden-, Spul- u. Bandwürmer** beseitigt man am schnellsten mit den berühmten **Medizinalrath Dr. Küchenmeister's Wurmpräparaten** die anerkannt wirksamsten und unschädlichsten Mittel. Alleinverkauf und Versandt für Sachsen: **Salomonis-Apotheke,** Dresden-A., Neumarkt 8.

Nr. 58. Spiegel: Agrarier und Brotwucher. Hofnachrichten. Dresdner Stiftungen. Das neue Polizeigebäude. Die schwarzen Diamanten. Gerichtsverhandlungen. Gleichen-Rußwurm und Mediz-Pelikan. | Muthmaßl. Witterung: Thauwetter. | **Mittwoch, 27. Februar 1901.**

„Agrarier" und „Brotwucher".

Schlagworte sind das Mittel, mit denen die Demagogen aller Schattirungen mit Vorliebe arbeiten. Die Wirkung von beharrlich wiederholten Schlagworten oder „Schlagern" besteht darin, daß sie eine Art von hypnotischer Wirkung auf die weniger urtheilsfähigen Zuhörer und Leser, oft aber auch auf besser veranlagte Intelligenzen ausüben, das eigene Nachdenken des Individuums in Schlaf lullen und so für die Demagogen das zu Wege bringen, was sie zu erreichen beabsichtigen: nämlich die Versetzung ihrer Gefolgschaft in einen Zustand, der diese zu einem mehr oder weniger willenlosen Werkzeug, zu einem nach dem „Herdenprinzip" zu behandelnden, unselbstständigen Faktor erniedrigt. Gegenwärtig stehen bei der Manchesterpartei und der Sozialdemokratie zwei Schlagworte in besonders hoher Gunst: „Agrarier" und „Brotwucher". Gerade die überaus frivole Art, wie mit Hilfe der genannten beiden Bezeichnungen Begriffsverdrehung im großen Stile getrieben wird, zeigt recht drastisch, wie nöthig es ist, daß die betroffenen nationalwirthschaftlichen und ordnungsparteilichen Kreise eine solche planmäßige Vergiftung und Irreführung der öffentlichen Meinung nicht ruhig über sich ergehen lassen, sondern ihrerseits mit allen Mitteln der Aufklärung und Belehrung auf die Zerstreuung der von den Gegnern verbreiteten Lügennebel Bedacht nehmen.

Als „Agrarier" bezeichnet das manchesterliche Demagogenthum, das von den höchsten Spitzen bis zu dem gewöhnlichsten sozialdemokratischen Agitator wahlverwandschaftlich verbunden ist, unterschiedslos alle Diejenigen, die mit ehrlichem Willen für den Schutz der nationalen Arbeit in ihrer Gesammtheit eintreten, unter besonderer Bezugnahme auf die Landwirthe. In steter reger Verbindung mit diesem Begriff wird das Schlagwort „Brotwucher" verwendet, um dadurch den Anschein hervorzurufen, als gingen die Landwirthe lediglich darauf aus, dem Arbeiter, der großen Masse der Verzehrer, das tägliche Brot zu vertheuern und die allgemeinen Lebensbedingungen zu erschweren. Zugleich gebraucht man den Kniff, solchen Bestrebungen, die im Gegensatz zu den gerechten und billigen Forderungen der Landwirthschaft und des gesammten nationalen Arbeitsschutzes thatsächlich den Charakter einer Ausbeutung tragen, ebenfalls die Bezeichnung „agrarisch" anzuhängen, um auf diese Weise die ganze Schutzzollpolitik zu diskreditiren und in den Geruch des Wuchers, der egoistischen Begünstigung von Einzelinteressen auf Kosten der Gesammtheit zu bringen. So haben die Freihändler und Sozialdemokraten es glücklich fertig gebracht, die neuen Kategorien der „Hausagrarier" und der „Papieragrarier" zu erfinden; nur bis zu dem Schlagwort „Kohlenagrarier" hat man sich nicht verstiegen, aus dem einfachen Grunde, weil das Kohlenmonopol des Großhandels diesen Elementen wegen ihrer gemeinsamen Abhängigkeit von dem spekulativen Großkapital als unantastbar gilt. Der Erfolg dieser verlogenen Manier ist nun zwar dank der wirthschaftspolitischen Reife der Mehrheit des deutschen Volkes bei Weitem nicht in dem erhofften Umfange eingetreten; denn aus der „grandiosen Erhebung des gesammten verzehrenden Publikums gegen die Brotwucherer", von der die Veranstalter des manchesterlichen Rummels geträumt hatten, ist nichts geworden. Immerhin wäre es aber falsch zu glauben, daß die manchesterlichen Schlagworte „Agrarier" und „Brotwucher" ihre Zugkraft schon ganz eingebüßt hätten. Die großen Paradeversammlungen, welche die Sozialdemokratie jüngst gegen die „Brotvertheuerung" abhielt, ließen erkennen, daß die manchesterliche Phrase noch eine gewisse Herrschaft auszuüben vermag.

Noch deutlicher trat dies in einer freisinnigen „Protestversammlung gegen den Brotwucher" hervor, die vor einigen Tagen in Berlin stattfand. Die „sachlichen" Beweisgründe, die der Vortragende gegen die nationale Schutzzollpolitik vorzubringen sich abmühte, wurden zwar in ihrer Fadenscheinigkeit selbst von der minderwerthigen Intelligenz der „fortschrittlichen" Berliner Weißbier-Philister durchschaut. Sobald aber der Redner merkte, daß die Versammelten in die Gefahr eigenen Nachdenkens geriethen, setzte er sich flugs in Positur und donnerte mit hohlem Pathos und Stentorstimme einige für alle Fälle bereit gehaltene Redewendungen über „Agrarier" und „Brotwucher" in den Saal. Das half stets; die Hörer geriethen dann ganz außer sich und spendeten dem „mannhaften Vorkämpfer der Volksrechte" in anscheinend ehrlicher Begeisterung die ersehnten Beifallssalven. Ferner scheinen die Stadtverordneten-Versammlungen einen recht ergiebigen Nährboden für den manchesterlichen „Brotwucher"-Bacillus abzugeben. Obwohl es diesen Körperschaften gesetzlich verboten ist, sich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen, haben sie doch in ziemlicher Anzahl Beschlüsse gegen die „Lebensmittelvertheuerung" gefaßt, sodaß sie eigentlich von der Aufsichtsbehörde in ihre Schranken verwiesen werden müßten.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit der angeblichen „Lebensmittelvertheuerung", dem „Brotwucher", der mit der Erhöhung der Getreidezölle getrieben werden soll? Zum Begriffe des wirthschaftlichen „Wuchers" gehört nothgedrungen eine unverhältnißmäßige Preiserhöhung, sowie eine Ausbeutung der Nothlage der Verbraucher, eine Unlauterkeit des ganzen Verhaltens und Gebahrens. Von alledem ist aber auf Seiten der Landwirthschaft auch nicht der leiseste Schimmer, die entfernteste Andeutung vorhanden. Zunächst entspringt das Verlangen der Landwirthschaft nach einem höheren Zollschutze für ihre Erzeugnisse in keiner Weise unlauteren Beweggründen, sondern es stellt lediglich eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit dar. Seit Jahrzehnten ist nämlich eine Preissteigerung der verschiedenartigsten Lebensbedürfnisse eingetreten, wie das stets als Folge wirthschaftlichen Fortschritts und verbesserter Lebenshaltung zu geschehen pflegt. Nur die Landwirthschaft hat dabei schlecht abgeschnitten, indem die das Getreide umfassende Gruppe der Lebensbedürfnisse die einzige ist, für deren Erzeugnisse der Preis im Laufe des letzten Jahrzehnts sich unter dem Durchschnitt gehalten. Es ist also von vornherein durchaus keine „Begehrlichkeit", kein „wucherisches", unlauteres Ansinnen, wenn die Landwirthe ebenfalls einen Antheil nicht nur von den Lasten, sondern auch von dem Segen des allgemeinen wirthschaftlichen Aufschwungs für sich beanspruchen. Des Weiteren ist die von der Landwirthschaft geforderte Zollerhöhung nicht unverhältnißmäßig, sondern durchaus der Marktlage angemessen. Der Zoll soll nur so hoch angesetzt werden, daß die deutsche Landwirthschaft im Stande ist, den Wettbewerb mit der fremden Konkurrenz einigermaßen erfolgreich aufzunehmen; dagegen hat die Landwirthschaft niemals daran gedacht, unter Ausbeutung des Volkswohlstandes eine unangemessene Gewinnquote auf ihre Erzeugnisse aufzuschlagen. Ueberdies ist es durchaus nicht richtig, sondern nur eine manchesterliche Legende, daß die Brotpreise mechanisch den Getreidepreisen folgen. Trotz des 3½ Mark-Zolls haben wir heute wesentlich billigeres Getreide als in den Jahren vor Einführung der Zölle; trotz des billigen Getreides ist aber das Brot theurer. Doch kostete es im Jahre 1898 bei 3½ Mk. Zoll nicht mehr als im Jahre 1881 bei nur 1 Mk. Zoll, ja, es war 1894 sogar billiger als in den 70er Jahren, obschon von 1892 bis 1894 der russische Roggen 7½ Mk. Zoll zahlte. Nicht einmal der Getreidepreis selbst, abgesehen vom Brotpreis, stellt sich in Deutschland um den auch nur annähernd vollen Betrag des Zolles höher, als der nach dem Londoner Preise zu bemessende Weltmarktpreis, und die englischen Arbeiter, die sich doch der „Segnungen" des Freihandels erfreuen, zahlen nicht entfernt einen um den Getreidezoll billigeren Preis für ihre Brotfrucht als die deutschen. So läßt sich aus feststehenden Ergebnissen der Statistik auf Schritt und Tritt nachweisen, daß der Preis der Lebensmittel, insbesondere des Brotgetreides, von wesentlich anderen Faktoren und Verhältnissen maßgebend beeinflußt wird, als von der Höhe des jeweiligen Getreidezolles. Der Zweck der landwirthschaftlichen Schutzzölle ist auch gar nicht in erster Linie die Erzielung einer Preiserhöhung, sondern die Verhinderung eines ruinösen Sinkens der Preise durch Ausschluß der fremden Schleuderkonkurrenz im Interesse des Schutzes der nationalen Arbeit.

Selbst wenn aber unter dem Einfluß der sonstigen bestimmenden Verhältnisse der bessere Schutz der nationalen landwirthschaftlichen Erzeugung mit einer ganz geringfügigen Erhöhung des Brotpreises verbunden sein sollte, so ist demgegenüber an die Worte zu erinnern, die dieser Tage der Großindustrielle Geheimrath Lueg auf dem rheinischen Provinziallandtage gesprochen hat: „Daß wir in der Lage sind, unseren Arbeitern reichen Verdienst zu geben, ist viel besser als billiges Brot und kein Verdienst." Weit entfernt, eine Nothlage des Volkes auszubeuten, wird die deutsche Landwirthschaft vielmehr unter dem Segen angemessener Schutzzölle neu erstarken und durch Hebung der allgemeinen Kaufkraft des Inlandmarktes der industriellen Arbeiterbevölkerung auf lange Zeit hinaus lohnenden Verdienst und auskömmliche Lebenshaltung sichern. Die Erkenntniß dieser Wahrheit wirkt mit solcher elementaren Gewalt, daß sogar vereinzelte ehrliche Elemente im Lager der Demokraten und Sozialdemokraten sich zu ihr bekannt haben. Im württembergischen Landtag haben sechs deutsche Volksparteiler, also richtige Erzdemokraten und als solche eigentlich geborene Manchestermänner, mit der schutzzöllnerischen Mehrheit für einen Antrag zu Gunsten der Erhöhung der Getreidezölle gestimmt, und sogar von Seiten mancher „Genossen" liegen ketzerische Aeußerungen vor, die mit der sozialdemokratischen unbedingten Verdammung der Zölle von Parteiwegen nicht in Einklang zu bringen sind. Solcher ehrlichen Gemüther giebt es aber unter der Gefolgschaft des Manchesterthums im Großen und Ganzen nur blitzwenig. Die führenden Geister des manchesterlichen Klüngels fahren „unentwegt" fort, wider besseres Wissen die Irrlehre zu verbreiten, daß die „Agrarier" im Verein mit den sonstigen Vertretern der nationalen Schutzzollpolitik „Brotwucherer" seien und den bitteren Haß des „Volkes", der „schaffenden Arbeit" verdienten. Der Zweck dieses Treibens ist vielleicht nicht so sehr, das ganz aussichtslose Ziel einer freihändlerischen Gestaltung der nächsten Handelsverträge zu erreichen, als die öffentliche Aufmerksamkeit von der wirklich wucherischen Ausbeutung des Volkes durch die fortgesetzten Machenschaften des spekulativen Großkapitals abzulenken. Wenn die Sozialdemokraten dabei die getreuen Helfershelfer spielen, so hat das nicht zum Wenigsten seinen Grund in der Einsicht, daß nationale Schutzzölle einen hervorragend staatserhaltenden Charakter haben. Die ganze widerliche Hetze, wie sie von den verbündeten Parteien des Manchesterthums und des Umsturzes gegen die wahren Vertreter der ehrlichen, im Schweiße des Angesichts sich mühenden nationalen Arbeit betrieben wird, bildet eine unerfreuliche Bereicherung des trüben Kapitels, das von dem Verhältniß zwischen Politik und Moral handelt.

Neueste Drahtmeldungen vom 26. Februar.

* Homburg. Der Kaiser reiste heute Abend nach Berlin ab.

* Wien. Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Der Dringlichkeitsantrag des Abg. Silenz, betreffend die Alters- und Invalidenversorgung, wird nach längerer Debatte abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung schlägt Abg. Ofner vor, täglich zwei Sitzungen abzuhalten zur Förderung der ernsten Aufgaben des Hauses. Der Präsident erwidert, er werde zur Beschleunigung der Arbeiten sein Möglichstes beitragen. Als der Präsident sich anschickt, die Sitzung zu schließen, meldet sich der Alldeutsche Stein zu einer Anfrage an den Präsidenten, wobei er heftig den Staatsanwalt in Eger angreift wegen Konfiscirung einer Nummer des Stein'schen Blattes, worin eine im Abgeordnetenhause eingegangene Interpellation abgedruckt war. Weiter greift er die Staatsanwälte und den Richterstand im Allgemeinen an. Als er den Staatsanwalt in Eger einen Schurken nennt, erhält er einen Ordnungsruf. Der Justizminister protestirt entschieden gegen die Angriffe auf den Richterstand. Der Christlichsoziale Scheicher protestirt dagegen, daß im stenographischen Protokoll die Interpellation Schoenerer aufgenommen wurde, worin 66 angebliche Sittlichkeitsdelikte römisch-katholischer Geistlicher aufgezählt sind. Das Protokoll dürfe nicht ein Misthaufen von Schweinereien werden. Es entsteht lebhafter Wortwechsel zwischen Christlichsozialen und Alldeutschen. Letztere rufen: „Cölibat abschaffen!" (Lärm.) Abg. Wolf beantragte Debatte über die Antwort des Justizministers. Der Antrag wird mit 136 gegen 136 Stimmen abgelehnt. (Lärm der Alldeutschen.) Während der Präsident die Tagesordnung der morgigen Sitzung festsetzt, verliest Abg. Wolf die Namen der deutschen Abgeordneten, die gegen seinen Antrag gestimmt haben.

* Bombay. (Reuter-Meldung.) In den letzten zwei Tagen sind in der Stadt 800 Personen gestorben, darunter 400 Personen an der Pest.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Am Bundesrathstische: Minister v. Goßler. Bei sehr schwach besetztem Hause tritt dasselbe in die Berathung des Militäretats ein. Referent: Abg. Graf Roon. — Abg. Gröber (Cent.) kommt auf die Befragung von Reserve-Offizier-Aspiranten in Köln über ihre Stellung zum Duell zurück. Aus der in Köln zu Tage getretenen Auffassung sei auch der Vorfall in Mörchingen unmittelbar hervorgegangen: Die Erschießung des Hauptmanns Adams durch den Oberleutnant Rüger. Weshalb sei, als Adams den Oberstabsarzt Rüger thätlich beleidigt hatte, nicht ein Ehrengericht in Thätigkeit getreten? Das Duell sei durch das Strafgesetzbuch unbedingt verboten. Wenn der Kriegsminister neulich gemeint habe, die Erwähnung von Ehrengerichten in der Verfassung sei gleichbedeutend mit einer Zulassung des Duells, so sei das ganz unzutreffend; die Ehrengerichte hätten ja gerade den Zweck, die Duelle zu verhindern. Gegen die Auslegung des Kriegsministers appellire er an den obersten Kriegsherrn. Gleiches Recht für Alle; nicht nur für Andere ist und soll das Duell verboten sein, sondern auch für das Heer. — Kriegsminister v. Goßler erwidert betreffs der Kölner Sache: Die Schuldigen sind bestraft worden, und es ist ihnen der Erlaß des Kaisers vom 16. Juni 1895 in Erinnerung gebracht worden und verschärfte Weisungen zur Beachtung desselben sind ergangen. Der Erlaß (der Minister verliest ihn) verbietet die Befragung eines Aspiranten nach seiner Stellung zum Duell. Der Vorredner hat sodann über das Duell im Allgemeinen gesprochen und meine Auffassung auch angefochten, daß dasselbe zugelassen sei. In der Verordnung über das Ehrenraths-Wesen heißt es zwar, daß der Ehrenrath seine Entscheidung abzugeben hat, aber das Weitere ist den Betheiligten zu überlassen; und wenn ein Duell stattfindet, so ist, derselben Verordnung zufolge, der Gang desselben zu überwachen. Sie sehen also, daß das Duell im Bereiche der Verordnung durchaus in Erwägung gezogen ist. Der Fall in Mörchingen schwebt noch, ich gehe deshalb auf ihn nicht ein. In einem geschichtlichen Rückblick führt der Minister sodann, vom Jahre 1652 ausgehend, aus, wie selbst die barbarischen Strafen des Mittelalters das Duell in der Armee nicht hätten aufhören lassen. Auch daß Offiziere hingerichtet seien, so 1722 und 1747, habe nichts geholfen. In unseren neuesten Erlassen sei jedenfalls Alles geschehen, um den Duellen möglichst vorzubeugen. Er persönlich sei der Ansicht des Gutachtens des Generals v. d. Gröben aus der Zeit von 1837 bis 1843, daß das Duell in zwei Stellen erlaubt sein müsse: Erstens wenn gegen Jemand die Anschuldigung der Feigheit erhoben werde; zweitens bei einer thätlichen und bei einer Beleidigung, welche moralische Flecken hinterlasse. — Abg. Bebel (Soz.) führt aus, die Kabinetsordre von 1897 stehe im strikten Gegensatz zum Gesetze, welches das Duell unbedingt verbiete. Neben einer angemessenen Strafe müßte vor allen Dingen gefordert werden, daß auch die Strafe verbüßt werde. Glaube man denn, daß die vielen Begnadigungen zur Abschreckung beitrügen? Da der Minister ausdrücklich unter bestimmten Umständen das Duell billige, ganz im Einklange mit der Kabinetsordre von 1897, so müsse der Reichstag dazu Stellung nehmen, damit es nicht scheine, als billige er diese Stellung des Kriegsministers. Redner wendet sich dann der Frage der Armee-Organisation zu und weist auf einen Artikel des Generalmajors a. D. v. Puttkamer hin, in welchem ganz revolutionäre Anschauungen zu Tage träten, offenbar unter dem Einflusse des Burenkrieges. Herr v. Puttkamer hat den Muth, u. A. zu fragen: „Ist das leblose Stück Fahne all' das lebendige Blut werth, das um sie geflossen ist?" Ganz wie er (Bebel) selber wendet sich Puttkamer gegen den Paradedrill. Die Uniformirung in China entspreche einer alten von den Sozialdemokraten erhobenen Forderung, daß Alles beseitigt werde, was dem Feinde das Ziel verbessere. Was man dem chinesischen Feinde gegenüber, der doch schlecht schieße, für nöthig halte, sollte man erst recht auch für den Fall eines europäischen Krieges durchführen. Dringe die Forderung Puttkamer's durch, so lasse sich doch auch die Dienstzeit herabsetzen. Verringere sich der überflüssige Ausbildungsdienst, so werde auch die Ueberbildung der Unteroffiziere und deren Neigung zu Mißhandlungen abnehmen. Daß an der Dienstzeit noch Kürzungen vorgenommen werden könnten, ergebe sich aus dem Umfange der Abkommandirungen für nicht eigentlich militärische Zwecke. — Sächsischer Bevollmächtigter Major Krug v. Nidda stellt einer bezüglichen Behauptung des Vorredners gegenüber in Abrede, daß seitens der sächsischen Heeresverwaltung in der Duellfrage ein Erlaß ergangen sei, der zu der kaiserlichen Kabinetsordre in Widerspruch stehe; auch seien mehrere vom Vorredner erwähnte Selbstmorde in Leipzig nicht auf Mißhandlungen zurückzuführen, sondern aus Furcht vor Bestrafung wegen begangener Diebstähle. — Abg. Oertel-Sachsen glaubt, daß bei derartigen Erörterungen im Reichstage über das Duellwesen blutwenig herauskommen werde. Man dürfe zur Militärverwaltung das Vertrauen haben, daß sie Alles thun werde, um nach Möglichkeit Duellen vorzubeugen. Daß Bebel der Artikel von Puttkamer's in der „Deutschen Tagesztg." gefallen habe, freue ihn, aber er müsse Herrn Bebel sagen, daß jene Zeitung demnächst auch Artikel bringen werde, welche dem Puttkamer'schen widersprechen. Der Burenkrieg beweise nichts für das Milizsystem, er beweise vielmehr, daß gute Strategik und Taktik doch noch mehr werth seien, als persönliche Tapferkeit. Was die Mißhandlungen betreffe, so thue die Heeresverwaltung Alles, um diesem bösen Schaden in der Armee abzuhelfen. Zum Schluß legt er der Verwaltung dringend den direkten Ankauf bei den landwirthschaftlichen Produzenten an's Herz. Der Landwirth könne diese direkten Ankäufe mit umso größerem Rechte fordern, als die Lasten sehr große seien, die er an Einquartierung, Re-

„1880", kesselstein-Verhüter, ges. geschützt. Nachgewiesene Unschädlichkeit. — Absolute Wirkung. Finanz. Ersparniß. — Broschüre gratis und franko. — Referenzen erster Firmen.
Friedrich Glückner, Dresden-Löbtau.